

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.50 Mark.

Druckkosten: Nachrichten Dresden

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle

Mariastraße 36/42

Rabdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig.

Gröner verteidigt den Phöbus-Bericht.

Die Parteien kritisieren den Bericht der Regierung als mangelhaft und undurchsichtig.

Ein Phöbus-Unterausschuß eingeseht.

Berlin, 13. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Besprechung über den Phöbusbericht.

Abg. Heinig, der erste Debatteredner, bemängelt an dem Bericht, daß ihm die Unterdrift fehle, und bringt in der ganzen Angelegenheit seine Argumente vor.

Abg. Dr. Haas (Dem.) erklärt: Wenn Klarheit geschaffen werden soll, so ist es nötig, diese Angelegenheit nicht parteipolitisch auszusprechen.

Abg. Schneller (Komm.) bezeichnet es als falsch, wenn der Bericht die Verleugnung eines Vohmann-Angelegenheit hinstellen will.

Der Abg. Schneller hat Teile eines Berichtes vorgelesen in der Annahme, daß diese Teile aus dem Bericht des Präsidenten Sämisch stammen.

Von dem, was Abg. Schneller vorgelesen hat, steht überhaupt nichts in dem Bericht und in dem Material.

Abg. Dr. Weber (Zoa.) Der Bericht stellt eine Reihe Dinge klar dar.

Abg. Erising (Z.) meint, es handle sich hier um eine teils-traurige Angelegenheit. Sie werde aber selber jetzt parteipolitisch in einer Art behandelt, die nicht zu rechtfertigen sei.

Es sei nicht zu verstehen, weshalb die Stelle, die dem Kapitän Vohmann die Abwicklung der Ruhrkredite übertragen habe, ihm nicht auch die Verpflichtung dauernder Berichtserstattung auferlegt habe.

Der Ausschuh müsse aber danach fragen, wie hoch der wirkliche Verlust sei, nur 7 Millionen, die der Bericht angebe, oder 25 bis 30 Millionen, wie manche Zeitungen meinen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) erklärt, er stimme mit den meisten Vorrednern überein in der Beurteilung dieser höchst unerquicklichen Vorkommnisse.

Vohmann habe sich auf manche Sachen eingelassen um alte Fehler zuzuschreiben, und sei dabei offenbar in die Hand von Beratern gelangt, die sich selbst bereichert haben.

Der Redner fragt aber, wie es möglich gewesen sei, daß keine geordnete Rechnungslegung gefordert wurde.

Abg. Reich (D. Vp.) erklärt, er sei durch den vorgelegten Bericht nicht voll befriedigt.

Abg. Trevisanus (Dua.) erklärt, daß mit den Mitteln des Reiches in keiner Weise korrekter verfahren worden sei.

Reichswehrminister Dr. Gröner: Sie werden es mir nachempfinden, daß es für mich keine leichte Aufgabe ist, eine Angelegenheit hier zu vertreten.

Meine Unterdrift steht unter dem Begleitschreiben an den Haushaltsausschuß und damit übernehme ich die Verantwortung für den Bericht.

Wir konnten in dem Bericht selbstverständlich nicht auf alle diejenigen Dinge eingehen, die auf dem hier in der Debatte erwähnten Gebiet liegen.

Aber meine Aufgabe ist es nicht, zu Gericht zu sitzen über Verantwortlichkeiten, die an diesen Angelegenheiten beteiligt waren.

Ich übernehme die Garantie, daß derartige Fonds nicht mehr entstehen; ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Verhältnisse nicht wieder vorkommen.

Ein Wort noch möchte ich mir erlauben zugunsten der Marine. Das hier verbrocht worden ist, darf nicht der Marine, nicht der Marineleitung als Ganzes und nicht der gesamten Wehrmacht als solcher zur Last gelegt werden.

keine Folgerungen für die Beurteilung der Marine ziehen. Was die Liquidation der ganzen Sache anlangt, so würde ich es außerordentlich begrüßen, wenn der Vorschlag, der von einer Seite gemacht worden ist, ausgeführt werden könnte.

Liquidation beim Finanzministerium stattfinden würde. Nichts wäre mir lieber, denn es ist auch für mich eine ungeliebte Verantwortung, neben meinen sonstigen Tätigkeiten darüber zu wachen.

Wegen die Stimmen der Kommunisten wird dann die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, der die Einzelheiten der Angelegenheit durchprüfen soll.

Ruhe am Brenner.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, den 8. März 1923.

Wir haben wieder einmal Mussolini gehört; nichts Neues, nichts Erfreuliches, zumal für den, der weiß, was für große Vorteile beiden Völkern durch diese gänzlich überflüssige Entfremdung verloren gehen.

Aber Mussolini selbst hat am allerdeutlichsten vor sieben Jahren ausgesprochen, wie ein Italien, das sich selbst als großes Volk achte, in Südtirol auftreten müßte.

Sind das auch „vage Versicherungen“ von Männern, die der Faschismus „unerbittlich hinweggefegt“ hat? Die Südtiroler und wir anderen wären wohl heute mit diesem Mussolini von 1920 zufrieden; aber — und das ist seine und unsere Tragik — er kann ja heute nicht mehr wagen, was er möchte.

Die faschistische Presse ganz Italiens bekommt täglich von den Präfektoren ihr „Material“, das sie abdrucken hat; sie entrichtet sich, weil der „Osservatore Romano“, das offizielle Blatt des Vatikans, noch kein Wort — außer Pressestimmen — über Südtirol gebracht hat.

Man muß sich wundern, daß die große Masse des italienischen Publikums auf diese sukzessive Verbergung bisher durchaus nüchtern und verständlich reagiert; sie glauben schon lange nicht mehr!

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.